

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Groschenstr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Girokonto:
Riesa Nr. 22.

Nr. 218.

Donnerstag, 18. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Erwählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Um die Mehrheit.

zu Berlin. Im Augenblick ist folgende Situation zu erkennen. Die Regierung ist sich dahin einig geworden, die Geschäfte zunächst weiter zu führen und von einer Demission abzusehen. Sie hat inwieweit mit den Parteien, die bisher hinter ihre Ranken, Wählung angenommen. Wessern fanden während des ganzen Tages Besprechungen statt. Aus den Regierungsparteien hört man, es sei wünschenswert, daß die Regierung dem Reichstage ihre Vorlagen zuweisen werde und versuchen wolle, eine Mehrheitsbildung ohne feste Bindung zu erreichen. Sie rechnet dabei mit der Zustimmung der Sozialdemokraten. Es ist aber anzunehmen, daß die Regierung diese Absicht aufgibt, da die Sozialdemokratie deutlich zu erkennen gibt, sie werde sich nicht vor eine Alternative stellen lassen. Sie fordert völlige Klarheit und damit eine feste Bindung einer Parteimehrheit zu einer Regierung, deren Zusammenlegung noch festgelegt werden muß. Schon jetzt liegen die sozialdemokratischen Forderungen nach dieser Richtung klar. Sie werden niemals eine Regierung unterstützen, der Schiele und Trevisan an der Spitze. Da die Regierungsmehrheit auch nicht mit den Abgeordneten, die hinter diesen beiden Ministern stehen, zu rechnen hat, die Sozialdemokraten aber brandt, läßt sich heute schon übersehen, daß es nicht angängig sein wird, die Mehrheitsparteien um die Regierung zu scharen, sondern praktisch und ratsam, eine Regierung aus den Mehrheitsparteien bilden zu lassen. Da die neue Regierung in der Hauptsache die alten Gesichter sehen würde und nur die beiden Minister Trevisan und Schiele zu ersetzen wären, können den Sozialdemokraten zunächst zwei Sätze frei. Sie würden sich aber nicht mit diesen Reserven zufrieden geben, sondern zumindest wieder das Innenministerium verlangen und das Reichsarbeitsministerium. Bis zur Stunde hat eine offizielle Verbindung der Regierung mit den Sozialdemokraten noch nicht stattgefunden. Es wird aber erwartet, daß das noch heute geschieht. Und eine Verständigung scheint so gut wie sicher, wenn auch die Volkspartei sich noch nicht erklärt hat, wie sie sich zu einem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung stellt. Damit wären die Schwierigkeiten aber noch nicht beseitigt. Man braucht noch die Wirtschaftspartei. Diese aber hat sogar offiziell erklärt, sie lehne alle Verhandlungen vor Zusammentritt des Reichstages ab. Es kommt also darauf an, auch die Wirtschaftspartei rechtzeitig zu binden. Aus diesen Gründen werden die nächsten Tage mit Verhandlungen weiter angefüllt sein, die aber, wie man optimistisch glaubt, schließlich bis zum Zusammentritt des Reichstages von Erfolg gekrönt sein können.

Regierungsaktion gegen den Youngplan.

Unmögliches kann nicht geleistet werden.

Wie wir erfahren, wird in Regierungskreisen ein außenpolitischer Schritt von großer Bedeutung erwogen, der im Verlauf der Sanierungsarbeit des Reichskabinetts stattfinden soll. Die Reichsregierung will bekanntlich in den nächsten Monaten alles aufbieten, um die Sicherheit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten. Sie will dann aber darauf hinwirken, welche Schäden diese Bemühungen in sozialer Beziehung in Deutschland hervorrufen, ohne daß die Aussicht besteht, diese Verschärfung des Lebensstandards des deutschen Volkes könnte auf die Dauer aufrecht erhalten werden. Auf diese Weise soll eine neue internationale Diskussion über die deutschen Kriegsschulden eingeleitet werden. In Kreisen der Reichsregierung ist man der Meinung, daß von deutscher Seite in dieser Diskussion von vornherein unanfechtbares Material vorgebracht werden muß. Es müßte einerseits nachgewiesen werden, daß die Reichsregierung die Steuerkraft in Deutschland bis zum äußersten auserschöpft, daß aber mit wirtschaftlichem Niedergang ein Nachlassen der Steuerkraft einlebe. In der Rede, die Reichsfinanzminister Dr. Wirth im Bundlun gehalten hat, ist der Teil seiner außenpolitischen Ausführungen nicht genügend beachtet worden, der sich mit diesen Dingen befaßt. Dr. Wirth erklärte, das Ausland müsse sich überlegen, ob es die Radikalisierung in Deutschland durch Aufrechterhaltung seiner Entschuldigungsverpflichtungen im bisherigen Umfang weiter fördern wolle. Die Kriegsschulden drücken in Deutschland swangvoll auf soziales Elend mit sich. Ein Welt ohne Hoffnung oder ohne unpolitisch radikal. In ähnlicher Weise hat übrigens Dr. Curtius in Genf in Gesprächen mit Vertretern der Allierten zum Wahlergebnis Stellung genommen.

Beschritte der französischen Sozialisten.

Paris. Der Verwaltungsausschuß der französischen sozialistischen Partei hat in einer Tagesordnung gegen die Maßnahmen protestiert, die gegen die politischen Sozialisten ergriffen worden sind. Diese Tagesordnung erklärt sich mit der politischen sozialistischen Partei in ihrem Kampfe für die Demokratie und den Frieden solidarisch. Die französischen Sozialisten werden aufgefordert, einheitlich gegen die Diktatur in Polen zu manifestieren. Außerdem wurde mit dem Exekutivkomitee der sozialistischen Internationale vereinbart, im Oktober große Kundgebungen zu Gunsten der Organisation des Friedens und der Abrüstung abzuhalten. Die sozialistischen Parlamentarier werden vom 25. bis 28. Oktober besonders aber diese Fragen in der Öffentlichkeit sprechen.

Immer neue Sammlungsbestrebungen im Reichstag.

zu Berlin. Außer den von uns bereits gemeldeten Bestrebungen auf Zusammenschluß der kleineren Rechtsgruppen von den Volksparteien bis zu den Wessern zu einer etwa 45 Mandate umfassenden fraktion im Reichstag sind noch weitere derartige Sammlungsbestrebungen Gegenstand der Erörterung in parlamentarischen Kreisen. Prominente Politiker vertreten die Meinung, daß es sehr zweckmäßig sein würde, wenn man gegenüber den großen Fraktionen der sozialistischen Parteien und des Zentrums auch eine umfassende, gewichtige bürgerliche Fraktion im Reichstag schaffen könnte. In diesem Zusammenhang behauptet das "Tempo", daß der Führer der DVP, Dr. Scholz, die Absicht verfolge, die bürgerlichen Mittelparteien, Deutsche Volkspartei, Staatspartei und Wirtschaftspartei, zusammenzuschließen. Auch wird das Gerücht verbreitet, daß man zu der vorerwähnten Rechtsfraktion die DVP und die Wirtschaftspartei geben könnte, womit eine starke bürgerliche Rechtspartei von annähernd 90 Sitzen entstehen würde. Das genannte Blatt gibt noch die Behauptung wieder, Dr. Scholz wolle von der Leitung der Deutschen Volkspartei zurücktreten, was auf einer Sitzung des Zentralvorstandes der Partei kurz vor der ersten Reichstags-Sitzung bekanntgegeben werden solle. Als Nachfolger Dr. Scholz für die Parteiführung nennt man die Abg. Ringelberg und v. Kardorff. Schließlich sei noch erwähnt, daß man auch einen Zusammenschluß der Fraktionen Engenbergs und Diller für möglich hält, um auf diese Weise die stärkste Fraktion im Reichstage zu erreichen, welchen Platz bei Verwirklichung dieser Idee die Sozialdemokratie in der Tat verlieren würde. Auf diesem Wege wäre es nicht nur möglich, daß die äußerste Rechte das Präsidium des Reichstages erhält, sondern auch daß sie die Führung der neuen Reichsregierung beanspruchen könnte.

Landvolkspartei

für Koalition mit den Nationalsozialisten.

Gegen eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie.

zu Berlin. Ein Mitarbeiter der Deutschen Tageszeitung hatte Gelegenheit, mit dem Parteiführer der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei, Hoyer, über das Ergebnis der Reichstagswahlen zu sprechen. Dieser erklärte u. a. folgendes: Das Wahlergebnis im ganzen bedeutet für mich keine Befriedigung. Ich hatte der deutschen Wählerkraft mehr realpolitischen Denken zugehört, als daß sie in diesem Umfang auf die Zukunftsvorstellungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eingeleitet wurde. Vom Standpunkt der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei allein könnte man mit dem Ergebnis einigermassen zufrieden sein; denn ihr ist es gelungen, gegenüber der Reichstagswahl 1928 ihre Stimmengahl und damit die Zahl der Abgeordneten mehr als zu verdoppeln. Die Lage im Reich beurteile ich dahin, daß eine andere Möglichkeit als die einer Reichsregierung

Sehn Jahre Baltikum.

Riga, im September.

Es sind jetzt gerade zehn Jahre her, seit im alten deutschen Bilderlingshof am Rigaischen Ostferstrand zum erstenmal die Außenminister der baltischen Staaten zusammentraten, um sich darüber klar zu werden, ob und auf welche Weise eine Zusammenfassung der ziemlich willkürlich nengegründeten Staaten zu einer höheren und organischen Einheit möglich sei.

Awar ist im Laufe dieses Jahrzehnts ein militärpolitisches Bündnis zwischen Estland und Lettland zustande gekommen, allein damit ist für die Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Situation im baltischen Raum noch verhältnismäßig wenig geschehen und weiter ist nahezu nichts von positiver Bedeutung zu registrieren. Demgegenüber sind negative Tendenzen umso zahlreicher festzustellen. Die beiden wichtigsten sind: der dauernde Spannungszustand zwischen Polen und Litauen auf dem einen Flügel und die skandinavische Orientierung Finnlands auf dem anderen Flügel. Erst in den letzten Wochen hat die gemeinsame Wirtschaftsnote wieder über die vielen Grenzen hinweg eine Strömung wenigstens zur wirtschaftlichen Vereinheitlichung der durch die Lagerung im baltischen Raum schicksalhaft aneinander geknüpften Staaten in Fluß gebracht. Man wird allerdings abwarten haben, ob Polen diese rein wirtschaftliche bestimnte Bewegung nicht zur Erneuerung seiner alten Verlöbte mißbrauchen wird, den alten Traum der Schaffung eines Blockes vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer zu verwirklichen.

Man ist sich in den drei Staaten des eigentlichen Baltikums immer darüber klar geblieben, daß ihre staatspolitische Grundlage die der strengsten Neutralität sein müsse, wie ja auch die Friedensschlüsse dieser Staaten kaum etwas anderes darstellten, als eine Neutralitätserklärung in dem Kampfe Sowjetrusslands mit den Interventionsmächten. Die baltischen Staaten haben weder einen Grund für in die bestehenden, oder in etwa aufstrebende politische Spannungen Osteuropas einzuschalten, noch haben sie irgendwelche Aussichten, durch derartige Abenteuer etwas zu gewinnen. Das Verhältnis zu Sowjetrussland ist, wenn nicht gerade

von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum bis zu den Nationalsozialisten nicht gegeben ist. Die christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei wird etwaigen Anstrengungen von dritter Seite, sich an einer Großen Koalition mit den Sozialdemokraten zu beteiligen, ein kategorisches "Nein" entgegenzusetzen.

Zusammenlegung der Reichstagsmandate nach Kreis- und Reichswahlvorschlägen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Zusammenlegung der Reichstagsmandate nach Kreis- und Reichswahlvorschlägen ergibt sich aus der nachstehenden Uebersicht:

Parteien	Kreiswahlvorschlag	Sitze	Reichswahlvorschlag	Zusammen
Sozialdemokraten	133	10	10	143
Nationalsozialisten	98	9	9	107
Kommunisten	60	7	7	76
Zentrum	61	7	7	68
Deutschnat. Volkspartei	33	8	8	41
Deutsche Volkspartei	21	9	9	30
Wirtschaftspartei	15	8	8	23
Deutsche Staatspartei	13	7	7	20
Bayer. Volkspartei	17	2	2	19
Deutsches Landvolk	11	7	7	18
Christl.-Soz. Volksdienst	7	7	7	14
Deutsche Bauernpartei	4	2	2	6
Konservative Volkspartei	—	5	5	5
Deutsch-Hannoversche Part.	2	1	1	3
Landbund	3	—	—	3
	487	89	89	576

Eine interessante Berichtigung zum Wahlergebnis.

Mülheim/Ruhr. (Funkpruch.) Innerhalb der deutschen Reichstagsmandate tritt infolge eines Zusammenstoßes eine ganz interessante Verschiebung des Wahlergebnisses ein. Die Deutschnationalen hatten nach dem vorläufigen Feststellungen im Wahlkreis Düsseldorf-West 6189 Stimmen erhalten, so daß der Sozialdemokrat des Reichswahlvorschlags Seidprähden Deereberg in Berlin als gewählt galt. Nun ist aber festgestellt worden, daß bei der Zusammenzählung der Stimmen ein Fehler unterlaufen ist, und die deutschnationalen Stimmenzahl nur 5895 beträgt, dadurch fällt das Wahlkreismandat fort und die Deutschnationalen erhalten einen Sitz mehr auf der Reichstagsliste.

erkreulich, so doch erträglich geduldet und keiner der baltischen Staaten hat für absehbare Zeit von Rußland her Bedrohungen zu erwarten, vorausgesetzt, daß sich dort nicht neue revolutionäre Vorgänge vollziehen. Auch die Sowjetunion hat gerade den baltischen Staaten gegenüber alle Veranlassung zu freundschaftlicher Stellungnahme, da andernfalls — wenigstens von dem bekannten russischen Standpunkt der Angst vor einer neuen Intervention der angeblichen europäischen "Antikomintern" aus gesehen — der baltische Raum gegebenenfalls zum Aufmarschgebiet von Interventionstruppen werden könnte. Das einzige Problem bleibt die Stellung Polen gegenüber und die Möglichkeit etwaiger Differenzen der baltischen Staaten untereinander über ihre Stellungnahme zu Polen. Hier haben die jüngsten Vorgänge zwischen Polen und Estland eine gewisse Unruhe geschaffen, die aber nicht überbewertet werden darf, da ganz zweifellos das natürliche politische und wirtschaftliche Schwergewicht dem Einheitsbestreben der Staaten des baltischen Raums stärker zugutekommen wird, als der gelegentlich auftauchenden Neigung zu außenpolitischen Experimenten.

Schluß mit der Erfüllungspolitik.

Wrag. Die bedeutendste deutschnationalen Presse veröffentlicht einen Rundartikel des Abgeordneten Goppenta unter dem Titel "Der nationale Sieg", worin er auf die Prophezeiung Engenbergs in Breslau hinweist, der vor den Reichstagswahlen erklärt hatte, die Deutschnationalen und Nationalsozialisten würden mit 150 Mandaten in den neuen Reichstag einziehen, welche Prophezeiung damals das Hochgeißel der Linkspresse hervorrief und sich nun doch bewahrheitet hat. Daß die Deutschnationalen trotz der demagogischen Reuereien ihre Zahl wieder auf 42 erhöhen konnten, sei ein entscheidender Erfolg. Abgeordneter Goppenta wünscht den deutschen Nationalsozialisten von Herzen, sie mögen ihren neuen Wählern durch Taten beweisen können, daß das Vertrauen berechtigt war. Daß die deutsche Volkspartei mit dem Lobe Dr. Stresemanns jede Präferenzberechtigung verloren habe, könne man jetzt schwarz auf weiß lesen. Mit Erfüllungspolitik, Verjährung, Annullation und all diesen Schwaunwörtern müsse nun Schluß gemacht werden.